
Heiner Meulemann

Gleichheit hier - Leistung dort?

Ein Blick auf den Wandel eines spannungsreichen Wertepaars



Prof. Dr. Heiner Meulemann, geb. 1944 in Wörth/Donau, von 1975 bis 1986 Wissenschaftlicher Assistent am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln, lehrte Soziologie an den Universitäten Duisburg, Frankfurt, Eichstätt, Düsseldorf. Seit 1995 lehrt er an der Universität Köln.

Gleichheit und Leistung sind zentrale Werte moderner Industriegesellschaften, die miteinander spannungsreich verbunden sind. *Gleichheit der Chancen* ist in Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland garantiert, der ausschließt, dass einzelne aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit bevorzugt oder benachteiligt werden. Wenn Gleichheit der Chancen bestanden hat, ist Ungleichheit der Ergebnisse gerechtfertigt. Dann nämlich sollte die Ungleichheit der Ergebnisse Unterschiede der Leistung widerspiegeln. Leistung ist im Grundgesetz zwar nicht ausdrücklich garantiert, aber kann als Implikation des Grundrechts der freien Entfaltung der Persönlichkeit nach Artikel 2 verstanden werden. *Leistung* ist die Erfüllung selbst gesetzter, aber objektiv prüfbarer Maßstäbe - vornehmlich in der beruflichen Arbeit, aber auch in der Freizeit, also in Familie, Politik, Sport oder Kirche. Die Erledigung einer beruflichen Aufgabe kann ebenso eine Leistung sein wie die Mobilisierung einer Anhängerschaft, der Sprung über die Latte oder die korrekte Wiedergabe einer Partitur. Leistung dient der Selbstverwirklichung, der Unterscheidung des Ichs von den anderen; und das Leistungsprinzip bestimmt, dass soziale Ungleichheit nur nach dem Maß unterschiedlicher Leistung bestehen, also durch Leistung gerechtfertigt sein soll. Sie bringt Ungleichheit hervor und mehrt – unter günstigen institutionellen Bedingungen – mit der Verwirklichung des Selbst auch den Nutzen aller. Die *Gleichheit der Ergebnisse* nivelliert dagegen Unterschiede der Leistung und widerspricht dem Leistungsprinzip. Sie dient dennoch in einer wohlfahrtsstaatlichen Demokratie als Maßstab, um im Namen sozialer Grundrechte und sozialer Solidarität negativ bewertete Konsequenzen der Chancengleichheit und des Leistungsprinzips zu kompensieren – um also für jeden ein nicht unterschreitbares Minimum der Gleichstellung zu garantieren. Leistung ist also zugleich Partnerwert der Gleichheit der Chancen und Gegensatz zur Gleichheit der Ergebnisse.

Die alte Bundesrepublik und die DDR boten ihren Bevölkerungen unterschiedliche Chancen, sich mit Gleichheit und Leistung zu identifizieren. Die alte Bundesrepublik war eine Marktwirtschaft mit privatem Eigentum an Produktionsmitteln, die DDR eine Planwirtschaft mit staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln. Die soziale Sicherung diente in der alten Bundesrepublik dem Schutz gegen Risiken, in der DDR der risikounabhängigen Versorgung. Der Bürger der alten Bundesrepublik musste seinen Arbeitsplatz finden und sich um sein eigenes Wohl kümmern; der Bürger der DDR erhielt einen garantierten Arbeitsplatz zugewiesen und war mit betrieblichen Sozialleistungen vom Krippenplatz bis zur Urlaubsfahrt versorgt. In der alten Bundesrepublik gab die Sozialverfassung der Person mehr Optionen, in der DDR mehr Sicherheiten. Aber Wahlmöglichkeiten fordern Individualismus heraus, Sicherheiten gelten für alle gleichermaßen; Individualismus ist mit Leistung, Sicherheit mit Gleichheit verbunden. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung sollte daher den Westdeutschen Leistung, den Ostdeutschen aber Gleichheit wichtiger sein. Aber mit der Einübung in die neue westdeutsche Sozialverfassung sollten die Ostdeutschen sich auch in ihren Werthaltungen den Westdeutschen annähern. Ob diese beiden Erwartungen zutreffen, soll im folgenden geprüft werden.

Gleichheit der Chancen: unerwartet hohe, aber schrumpfende Zustimmung in Ostdeutschland

„Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.“ Wer dieser Aussage zustimmt, identifiziert sich mit dem Wert der Chancengleichheit und dem Leistungsprinzip, also der Rechtfertigung sozialer Ungleichheit durch Unterschiede der Leistung. In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften - ALLBUS - 1991, 1994 und 1998, wurden West- und Ostdeutsche um Zustimmung oder Ablehnung gebeten. 1991 stimmten 53 Prozent der West- und 45 Prozent der Ostdeutschen zu; es ergab sich also die keineswegs große Prozentsatzdifferenz von 8 Punkten: Der Westen bejaht Chancengleichheit nur wenig stärker als der Osten. 1994 hingegen stimmten 57 Prozent der Westdeutschen und 35 Prozent der Ostdeutschen, 1998 52 Prozent und 27 Prozent zu. Statt vollständig zusammenzuschrumpfen, wachsen die Unterschiede. Sie wachsen, weil die Ostdeutschen sich immer mehr von den konstanten Westdeutschen entfernen: Die Prozentsatzdifferenz wächst auf 22 und 25 Prozentpunkte an.

„Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung.“ Diese Aussage, die wiederum dem ALLBUS entstammt, dreht das Verhältnis der beiden Werte um: Statt Ungleichheit zu rechtfertigen, ist Leistung Zielpunkt der Ungleichheit; statt Gleichheit steht also Leistung im Vordergrund. 1991 stimmten ihr 64 Prozent der West- und 58 Prozent der Ostdeutschen zu – wiederum eine keineswegs auffallende Differenz von 6 Prozentpunkten zugunsten der Westdeutschen. 1994 stimmten 62 Prozent der West- und 44 Prozent der Ostdeutschen zu, 1998 63 Prozent und 43 Prozent. Wiederum schrumpft die geringe Differenz nicht vollständig zusammen, sondern die Ostdeutschen entfernen sich von den konstanten Westdeutschen. Die Prozentsatzdifferenz wächst auf 18 und 20 Prozentpunkte an.

Die geringe anfängliche Distanz und der wachsende westdeutsche Vorsprung widersprechen der Erwartung. Ist das nur ein einzelnes, zufälliges Ergebnis? Nein, wie zwei weitere

Zeitreihen zeigen, in denen die Ostdeutschen anfänglich die Chancengleichheit nicht nur fast eben so stark wie die Westdeutschen, sondern stärker betonen. Das Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos), Mannheim, bat die Befragten, sich zwischen verschiedenen „Beschreibungen einer Gesellschaft, in der Sie eher leben wollen“, zu entscheiden. Vor die Wahl gestellt zwischen „einer Gesellschaft, in der der Lebensstandard des einzelnen in erster Linie von seiner Leistung abhängt“ und „einer Gesellschaft, die dem einzelnen einen gewissen Lebensstandard sichert, auch wenn er weniger leistet“, bevorzugten 1990 24 Prozent der Westdeutschen und 43 Prozent der Ostdeutschen Leistung vor Ergebnisgleichheit. 1991, 1992, 1993 und 1995 geht die ostdeutsche Zustimmung zum Leistungsprinzip kontinuierlich zurück, während sie in Westdeutschland konstant bleibt, sodass die Differenz 1995 völlig zusammengeschrumpft ist. Und noch einmal vor die Wahl gestellt zwischen „einer Gesellschaft, die Unterschiede in Fähigkeiten, Bildung und Leistung finanziell belohnt“ und „einer Gesellschaft, die Wert auf ähnlich hohe Einkommen für jeden legt“, bevorzugten 1990 26 Prozent der Westdeutschen und 40 Prozent der Ostdeutschen Leistung vor Ergebnisgleichheit. Wiederum geht 1991, 1992, 1993 und 1995 die ostdeutsche Zustimmung zum Leistungsprinzip kontinuierlich zurück, während sie in Westdeutschland konstant bleibt, sodass die Differenz 1995 völlig zusammengeschrumpft ist.

Ob man also - wie in der ALLBUS-Zeitreihe - das Wertepaar einmal mit Blick auf Gleichheit und das andere Mal mit Blick auf Leistung betrachtet, oder ob man - wie in der ipos-Zeitreihe - Gleichheit und Leistung in zwei verschiedenen Perspektiven als Alternative ansieht - die Ergebnisse stimmen in einem entscheidenden und überraschenden Punkt überein. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung wird die Erwartung enttäuscht, dass den Westdeutschen Leistung und den Ostdeutschen Gleichheit lieber ist: entweder haben die Westdeutschen nur eine geringe Vorliebe für Leistung oder sie lassen sich darin sogar von den Ostdeutschen übertreffen. Aber auch in den folgenden Jahren schmilzt die Differenz nicht, wie erwartet, zusammen. Die ostdeutsche, nicht aber die westdeutsche Zustimmung zu Leistung und Chancengleichheit nimmt kontinuierlich ab, sodass entweder ein westdeutscher Vorsprung entsteht oder ein ostdeutscher Vorsprung zusammenschmilzt. Warum sind die Ostdeutschen anfänglich für Chancengleichheit und Leistung begeistert, und warum nimmt diese Begeisterung kontinuierlich zugunsten der Ergebnisgleichheit ab? Die Prägung durch die DDR, die „Sozialisation“, lässt sich an den Differenzen unmittelbar nach der Wiedervereinigung ermessen; sie war offenbar nicht stark. Das spätere Anschwellen der Differenz muss durch die „Situation“, die Erfahrungen der Ostdeutschen in der Transformation, ausgelöst worden sein. Aber die „Situation“ schlägt sich nicht unmittelbar in den Werthaltungen nieder. Sie trifft auf Menschen, die schon bestimmte Wertüberzeugungen haben und mit ihnen die neue „Situation“ bewältigen müssen. In der „Situation“ hat die „Sozialisation“ gleichsam eine zweite Chance, ihre Wirksamkeit zu zeigen. Die „Sozialisation“ durch die DDR und die „Situation“ der Transformation *zusammen* müssen also erklären, warum die Ostdeutschen sich von den Westdeutschen entfernen.

Gleichheit der Ergebnisse: großer und konstanter Vorsprung in Ostdeutschland

Die „Sozialisation“ durch die DDR hat die Ostdeutschen nicht der Chancengleichheit ahhold gemacht, aber der Ergebnisgleichheit zugetan. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung

erwarten die Ostdeutschen in weitaus stärkerem Maße als die Westdeutschen, dass der Staat Gleichheit der Ergebnisse herstellt - wofür zahlreiche, nicht wiederholte und deshalb hier nicht referierte Umfragen sprechen¹. Aber nicht nur das: Anders als von der Chancengleichheit rücken die Ostdeutschen von der Ergebnisgleichheit nicht ab. „Der Staat sollte allen einen Mindestlebensstandard garantieren“, „Der Staat hat die Aufgabe, für das Wohlergehen seiner Bürger zu sorgen und muss deswegen die Absicherung gegen persönliche Risiken aus Steuermitteln finanzieren“ und „Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen“ – diesen Aussagen stimmen die Ostdeutschen 1991 sehr viel stärker zu als die Westdeutschen – und bis 1996 ändert sich daran wenig². In der schon erwähnten ipos-Zeitreihe gewinnt die Ergebnisgleichheit sogar noch Anhänger in Ostdeutschland: „Eine Gesellschaft, in der eher der Staat die Vorsorge für Alter und Krankheit übernimmt“ wird 1990 von 28 Prozent der West- und 39 Prozent der Ostdeutschen „einer Gesellschaft, in der der einzelne Bürger eher selbst für Alter und Krankheit vorsorgt“, vorgezogen. 1991, 1992, 1993 und 1995 bleibt die Zustimmung im Westen etwa konstant, während sie im Osten auf fast 50 Prozent ansteigt, sodass der ostdeutsche Vorsprung sich mehr als verdoppelt.

Dass die Ostdeutschen die Gleichheit der Ergebnisse viel höher bewerten als die Westdeutschen, zeigt sich vor allem dann, wenn in einer Frage des Instituts für Demoskopie, Allensbach, Ergebnisgleichheit nicht nur für sich betrachtet, sondern mit dem Wert der Selbstentfaltung verglichen werden muss. Zur Wahl zwischen den beiden „eigentlich gleich wichtigen“ Werten der „persönlichen Freiheit“ („sich ungehindert entfalten können“) und der „möglichst großen Gleichheit“ („niemand ist benachteiligt und die sozialen Unterschiede sind nicht so groß“) gezwungen, gaben 1990 45 Prozent der Ostdeutschen und 22 Prozent der Westdeutschen der Gleichheit den Vorrang; der ostdeutsche Vorsprung von rund 20 Prozentpunkten bleibt 1992, 1993, 1994 und 1995 bestehen³.

Ergebnisgleichheit rangiert also *bis heute* im Osten über, im Westen unter der Selbstentfaltung. Selbstentfaltung heißt zunächst, tun und lassen zu dürfen, wofür man Lust hat, „ungehindert“ dem eigenen Willen folgen zu können; aber wenn niemandem sonst, ist der eigene Wille sich selbst unterworfen: Selbstentfaltung mündet in Selbstverwirklichung, in die Verwirklichung selbst gesetzter, aber objektiver Maßstäbe, kurzum: in Leistung. Die hohe Wertschätzung der Chancengleichheit und des Leistungsprinzips nährt sich also aus dem westdeutschen Lebensthema der Entfaltung des Selbst, und die hohe Wertschätzung der Ergebnisgleichheit ruht auf dem Vertrauen der Ostdeutschen auf die Fürsorge des Staates.

Die hohe Zustimmung der Ostdeutschen zur Ergebnisgleichheit erklärt sich daraus, dass die DDR ihrer Bevölkerung tatsächlich Sicherheit und eine weitgehende Gleichheit wohlfahrtsstaatlicher Versorgung gewährte. Aber die Kehrseite dieser Fürsorge war: Die DDR bot den Menschen keine Chancen der Selbstverwirklichung durch individuelle Leistung, die die Bevölkerung der DDR nicht weniger wünschte als die Bevölkerung der alten Bundesrepublik. Wie nämlich Befragungen in Betrieben der DDR zwischen 1967 und 1990 zeigen⁴, beklagten die Belegschaften immer wieder die mangelnden Möglichkeiten leistungsgerechter Bezah-

1 Heiner Meulemann, Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Weinheim 1996, S. 278-280.

2 Bernd Wegener/Stefan Liebig, Gerechtigkeitsideologie 1991-1996, in: Heiner Meulemann (Hrsg.), Werte und Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998, S. 40-41.

3 Siehe Meulemann, Werte und Wertewandel, S. 86 sowie Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Jahrbuch für Demoskopie 1993-1997, Bd. 10, München 1987, S. 648.

4 Meulemann, Werte und Wertewandel, S. 191-195.

lung. Die Bevölkerung vermisste den Lohn der Leistung, die Selbstverwirklichung; aber der Staat schützte sie vor den Herausforderungen des Leistungsprinzips, dem Zwang zur eigenständigen Orientierung und zur Anpassung und dem Risiko des Scheiterns. Dass *wider Erwarten* die Ostdeutschen 1990 Chancengleichheit sehr oft bejahten, ist vermutlich Reaktion auf einen Mangel; sie wird daraus verständlich, dass die DDR der Bevölkerung *zugleich* die Chance der Selbstverwirklichung durch Leistung versagte und die Erfahrung der Anforderungen und Risiken der Selbstverwirklichung ersparte.

Nach 1990 wurden jedoch auch die Risiken des Leistungsprinzips erfahren: An die Stelle staatlicher Arbeitsplatzgarantien trat der Arbeitsmarkt, auf eine planwirtschaftlich subventionierte Vollbeschäftigung mit einem verfassungsmäßig garantierten „Recht auf Arbeit“ folgte mit dem Umbau zur Marktwirtschaft eine hohe Arbeitslosigkeit. Diese Erfahrungen dämpften die gleichsam naive Begeisterung für die Chancengleichheit, aber sie ließen den Glauben an die Ergebnisgleichheit ungebrochen. Wie sollte die Bevölkerung auf die neuen, in den ersten Jahren nach der Vereinigung sich kumulierenden Erfahrungen des Risikos anders reagieren, als die Ergebnisgleichheit gegen die Chancengleichheit zur Geltung zu bringen? Auf den vertrauten Wert der Ergebnisgleichheit musste sie umso eher zurückgreifen, als die Erfahrungen mit dem neuen Wert der Chancengleichheit unvermeidlich schmerzhaft waren. Dass *wider Erwarten* nach 1990 die ostdeutsche Zustimmung zur Chancengleichheit sich nicht von der westdeutschen entfernt, wird also daraus verständlich, dass die Ostdeutschen die Erfahrungen der Transformation im Lichte ihrer in der DDR erworbenen Wertvorstellungen sehen.

Anders hätten die Ostdeutschen kaum reagieren können: Die Erfahrungen der Transformation konnten ihnen nicht erspart werden, und das in der DDR eingelebte Wertmuster der DDR, die „Sozialisation“ der DDR, war die einzige Brille, mit der sie ihre Erfahrungen deuten konnten. Die Schwerkraft der „Situation“ hat die Menschen zur Akzentverlagerung von Chancen- zu Ergebnisgleichheit provoziert. In einem Staat, der Ergebnisgleichheit anstrebt und die Selbstverwirklichung durch Leistung aufgrund gleicher Chancen kaum zulässt, musste die Chancengleichheit ein begehrtes Gut sein; und ebenso musste die Ergebnisgleichheit zur Zuflucht werden, als die Transformation begann, die Zweischneidigkeit des Leistungsprinzips zu lehren. Deshalb hat sich die Erbschaft der alten DDR *erst mit Verzögerung* in den Werteinstellungen der ostdeutschen Bevölkerung geäußert.

Die „Sozialisation“ der DDR ist also erst nach ihrem Ende ans Ziel gekommen. Die politische Erziehung der DDR diskreditierte die Chancengleichheit als „bloß formal“ und favorisierte die Ergebnisgleichheit als „materiale“ Verwirklichung sozialer Grundrechte. Nach dem Ende der DDR erfordert die Transformation, dass Betriebe geschlossen, soziale Sonderleistungen der Betriebe abgebaut, Arbeitsplatzgarantien widerrufen, Mieten und Preise für Artikel des täglichen Bedarfs erhöht, Einkommen oft ohne erkennbare Leistung differenziert werden – und provozierte als vermeintliche Lösung dieser Probleme den Wunsch nach Ergebnisgleichheit. Auf den ungebahnten Wegen der Transformation trifft die Chancengleichheit mit rauerer Realitäten zusammen als in Westdeutschland, wo ihr die Effizienz der etablierten Sozial- und Bildungspolitik ihre Anschaulichkeit und Glaubwürdigkeit gibt. Die „heimlichen Lehren“ der Transformation widersprechen also den Werten der neuen Sozialverfassung. Die Ostdeutschen geraten in einen Zirkel, in dem sie – zuge-spitzt formuliert - genau das, was sie lernen müssen, nicht lernen können. Um das Ziel der Transformation zu erreichen, müssen sie sich mit Chancengleichheit und Leistung, mit Eigeninitiative und sozialer Differenzierung anfreunden; aber der Weg der Transformation lehrt nur zu oft, an der Ergebnisgleichheit festzuhalten. Dass die Ostdeutschen der Chancengleichheit zunehmend

misstrauen und an der Ergebnisgleichheit hängen, ist daher weniger Unbeweglichkeit als Anpassung an eine paradoxe Situation.

Leistung: Annäherung - aber erst spät

Wenn die Ostdeutschen 1990 Chancengleichheit für eben so wichtig oder gar noch wichtiger hielten also die Westdeutschen, dann sollte die Überraschung nicht mehr so groß sein, wenn ihnen auch Leistung, der Schwesterwert der Chancengleichheit, wider Erwarten mehr am Herzen lag als den Westdeutschen. Das ist in der Tat der Fall. Aber es wird erst verständlich, wenn man bedenkt, dass der Wert Leistung in der alten Bundesrepublik Anhängerschaft verloren hat.

Das Institut für Demoskopie, Allensbach, hat folgende Frage in der alten Bundesrepublik seit 1956 und in der neuen seit 1990 fast jährlich gestellt: „Zwei Männer / Frauen unterhalten sich über das Leben. Der / die eine sagt: ich betrachte mein Leben als Aufgabe, für die ich da bin und für die ich alle Kräfte einsetze. Ich möchte in meinem Leben etwas leisten, auch wenn das oft schwer und mühsam ist. Der / die andere sagt: Ich möchte mein Leben genießen und mich nicht mehr abmühen als nötig. Man lebt schließlich nur einmal, und die Hauptsache ist doch, dass man etwas von seinem Leben hat. Was meinen Sie: Welche(r) von beiden macht es richtig, der / die Erste oder der / die Zweite?“

In der *alten* Bundesrepublik fällt die Zustimmung für Leistung, also für „Leben als Aufgabe“ von rund 60 Prozent zwischen 1956 und 1964 auf rund 45 Prozent zwischen 1973 und 1996. Deutet der Rückgang darauf, dass weniger geleistet wird? Sind - wie es Elisabeth Noelle-Neumann (1978) ausdrückt - „wir alle Proletarier geworden“? Ganz sicher nicht. Der Rückgang der Zustimmung ergibt sich zunächst einmal aus einem Bedeutungswandel der Frage. Man lasse sich die Formulierung auf der Zunge zergehen: Wer „unter 30“ würde heute noch von einer „Aufgabe“ reden, „für die ich da bin und für die ich alle Kräfte einsetze“ - ohne wenigstens ein Spur Ironie zu signalisieren. Allein schon die altfränkische Formulierung sollte mit der Zeit immer mehr befremden und die nachwachsenden jüngeren Generationen mehr und mehr vor der Zustimmung zum „Leben als Aufgabe“ zurückschrecken lassen.

Aber hinter dem Bedeutungswandel der Frage steht auch ein Bedeutungswandel des Werts Leistung. Leistung ist immer eine Mischung aus Selbstaufopferung und Selbstverwirklichung; gerade in der Hingabe an die Sache findet man ja seine persönliche Erfüllung. Aber das Mischungsverhältnis dieser beiden Ingredienzen hat sich von den älteren zur jüngeren Generation verschoben. Die ältere Generation, durch Not in Krieg und Nachkrieg geprägt, stellt die Selbstaufopferung in den Vordergrund, die jüngere, von den Erfahrungen wirtschaftlicher Prosperität und demokratischer Freiheit geprägt, gibt der Selbstverwirklichung mehr Gewicht. Aber das heißt nicht, dass die älteren mehr tun als die jüngeren; sie sehen, was sie tun, in einem anderen Licht. Sie haben eine andere Leistungsphilosophie, aber kein anderes Leistungsverhalten. Vieles spricht sogar dafür, dass die stärkere Betonung der Selbstverwirklichung nicht weniger, sondern mehr Leistungsverhalten mit sich bringt. Wer eine Arbeit als seine eigene ansieht, der wird vermutlich mehr tun, als jemand, der unbedingt erfüllen will, was ihm aufgetragen ist; in kürzerer Zeit kann er mit mehr Hingabe mehr erreichen als jemand, der für eine „Aufgabe alle seine Kräfte einsetzt“.

Diese Vermutung kann man prüfen, indem man statt der gesamten Bevölkerung Gruppen des gleichen Geburtszeitraums über die Zeit verfolgt, also die Entwicklung auf einander folgender Generationen über ihre Lebenszeit nachvollzieht. Dann liegt die Unterstützung

des „Lebens als Aufgabe“ bei der ältesten *immer* über der nächst jüngeren, bei dieser *immer* über der noch jüngeren usw. Der Wandel entsteht also durch das Aufeinanderfolgen von Altersgruppen, die einem unbedingten Leistungsverständnis zunehmend skeptischer gegenüberstehen *und es im Laufe ihres Leben bleiben*. Weil aber alte, dem „Leben als Aufgabe“ verpflichtete Generationen aussterben und junge, ihm weniger zugetane nachrücken, muss der Durchschnittswert für die gesamte Bevölkerung, der den „Wertwandel“ darstellt, zurückgehen⁵.

In der *neuen* Bundesrepublik liegt nun die Unterstützung für „Leben als Aufgabe“ 1990, 1992 und 1993 in Ostdeutschland fast 20 Prozentpunkte und 1996 immer noch fast 10 Prozentpunkte *höher* als in Westdeutschland. Warum? Zunächst zeigt sich, dass die Ostdeutschen 1990 auf dem Niveau anfangen, auf dem die Westdeutschen 1956 angefangen haben und bis 1964 verblieben sind, auf rund 60 Prozent. Ganz offensichtlich haben die Ostdeutschen vor 1990 nichts mitgemacht, was dem westdeutschen Wandel zu vergleichen wäre. Trifft also 1990 eine „bürgerliche“ DDR auf eine „proletarische“ Bundesrepublik? Rhetorische Frage - so wenig in Westdeutschland „alle Proletarier geworden“ sind, so wenig ist die DDR „bürgerlicher“ als die Bundesrepublik. Aber wie ist der ostdeutsche Vorsprung dann erklärbar?

Wie der westdeutsche Wandel so rührt auch der ostdeutsche Vorsprung aus einem unterschiedlichen Verständnis. Die DDR durfte individuelle Anreize zur Leistung nicht zulassen; trotzdem aber musste sie die Produktion sichern und in der internationalen Konkurrenz bestehen. Was die DDR mit Anreizen nicht bewirken konnte, musste sie daher mit moralischem Druck einfordern. Und die Sozialforschung war dabei behilflich: Zahlreiche Betriebsbefragungen sollten ermitteln, wie die Belegschaft zu „höherer Leistung“, also zur „Erfüllung der Arbeitsaufgaben in kürzerer Zeit bzw. in höherer Qualität“ angespornt werden könne – wie es wörtlich in den zusammenfassenden Berichten solcher Befragungen für die Parteiführung 1985 heißt⁶. Leistung war kein Gleichgewicht zwischen Selbstaufopferung und Selbstverwirklichung, sondern schlicht und einfach „mehr Arbeit“, Selbstaufopferung. „Sozialist sein heißt mehr und besser arbeiten“ war die Losung. Die dauernde Propaganda der DDR für „Leistung als mehr Arbeit“ ist vermutlich Ursache dafür, dass die Ostdeutschen noch heute Leistung so stark unterstützen. Zugleich bewahrten die eingebauten Mängel der Planwirtschaft - Lieferschwierigkeiten, Horten von Arbeitskräften etc.- die Propaganda für mehr Leistung davor, ernsthaft getestet zu werden - anders als in der Bundesrepublik, wo die Identifikation mit dem Wert Leistung durch persönliche Erfahrungen von Erfolg einerseits, Anstrengung und Risiko andererseits tatsächlich auf dem Prüfstand stand.

Kurzum: Die hohe Identifikation der Ostdeutschen mit dem Wert Leistung ist eine Erbschaft der DDR-Propaganda, die genau den Begriff von Selbstaufopferung hochgehalten hat, der in der alten Bundesrepublik zugunsten eines Gleichgewichts von Selbstaufopferung und Selbstverwirklichung zurückgewichen ist. Ist es da riskant zu prognostizieren, dass auch die Ostdeutschen diesen Bedeutungswandel nachholen werden und die Zustimmung zu „Leben als Aufgabe“ zurückgehen wird? Wie die Prozentsatzdifferenzen gezeigt haben, hielt die Erbschaft der DDR zwar bis 1993 an, aber 1996 geht „Leben als Aufgabe“ deutlich zurück, es zeigt sich eine erste Annäherung an das westdeutsche Niveau.

5 Dazu Heiner Meulemann, Der Wert Leistung in Deutschland 1956-1996. Über den Nutzen der Kohortenanalyse zur Erklärung von Wertewandlungen durch Bedeutungswandlungen, in: Wolfgang Glatzer/Ilona Ostner (Hrsg.), Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen, Opladen 1999.

6 Zu den Quellen: Meulemann, Werte und Wertewandel, S. 195.

Aber dieser zaghaft einsetzende Wandel bedeutet nicht, dass weniger geleistet wird oder auch nur, dass Leistung im Antriebshaushalt der Menschen Gewicht verliert. Das ist für Ostdeutschland heute so wenig richtig wie für Westdeutschland drei Jahrzehnte früher. In beiden Fällen vielmehr hat sich der Bedeutungsschwerpunkt der Leistung von der Selbstaufgabe zur Selbstverwirklichung verlagert; in beiden Fällen kann das höhere Gewicht der Selbstverwirklichung durchaus bedeuten, dass man Leistung wichtiger nimmt und mehr tut.

Fazit: Erfahrungen und ihre Interpretation als Auslöser des Wertwandels

Alle vorgestellten Zeitreihen haben ein überraschendes Ergebnis gemeinsam: Chancengleichheit und Leistung werden - unmittelbar nach der Vereinigung - in Ostdeutschland genau so hoch wie und manchmal höher gewertet als in Westdeutschland. In allen Zeitreihen aber schmilzt der unerwartet hohe ostdeutsche Vorsprung nach der Vereinigung zusammen - entweder sofort wie bei den Fragen zu Chancen- und Ergebnisgleichheit, wo sich der ostdeutsche Vorsprung in einigen Zeitreihen sogar in einen westdeutschen umkehrt, oder mit einer Verzögerung wie beim „Leben als Aufgabe“. Die hohe ostdeutsche Zustimmung zu Gleichheit wie Leistung 1990 lässt sich aus der „Sozialisation“ durch die DDR verstehen, und der Rückgang nach 1990 aus den Erfahrungen der Transformation, die die Ostdeutschen so sehen, wie sie es in der DDR gelernt haben, also aus den *Zusammenspiel* von „Sozialisation“ und „Situation“.

Nach 1990 machen die Ostdeutschen neue Erfahrungen, aber die neue Verfassung und das mit ihr verwandte Wertmuster kann ihnen nicht sofort in Fleisch und Blut übergehen. Deshalb sehen sie ihre Erfahrungen nach wie vor mit der einzigen Brille, die sie zur Verfügung haben, dem in der DDR erlernten Wertmuster. Natürlich verblasst auch dieses Muster, aber das Verlernen alter Prägungen braucht mehr Zeit als das Lernen aus neuen Erfahrungen. Die Erfahrungen der Transformation drängen sich sofort auf, aber jede Erfahrung wird durch Werte gefiltert, die sich nur langsam neu arrangieren. Deshalb werden neue Erfahrungen zuerst im alten Rahmen gedeutet. Deshalb zögert sich die Annäherung zwischen den Landesteilen hinaus. Die verzögerte Anpassung ist also keine „Ostalgie“, sie ergibt sich aus der Transformation, in der beide Veränderungen zugleich auf die Menschen einstürzen: neue Erfahrungen und der Austausch einer alten durch eine konträre neue Sozialverfassung.